

Datenschutzinformation

Berufungsverfahren von Hochschulprofessoren

Verantwortlicher:

Hochschule für Wirtschaft und Recht Berlin

Badensche Str. 52

10825 Berlin (Deutschland)

praesident@hwr-berlin.de

Gesetzlicher Vertreter:

Prof. Dr. Andreas Zaby

Datenschutzbeauftragter:

Vitali Dick (HiSolutions AG)

Badensche Str. 52

10825 Berlin (Deutschland)

datenschutz@hwr-berlin.de

Angaben zur Verarbeitungstätigkeit:

Zwecke der Verarbeitungstätigkeit:

Das Berufungsverfahren ist ein Personalauswahlverfahren für Hochschulprofessoren.

Dieses gliedert sich i.d.R. in folgende Einzelschritte:

0. Einrichtung der Professur
1. Ausschreibung mit Stellenbeschreibung / ggf. Nachausschreibung
2. Erstauswahl von Bewerbern nach Formal- und Mindestkriterien und/oder Begutachtung der Schriften ausgewählter Bewerber durch die Mitglieder der Berufungskommission.
3. Probevorträge / Lehrproben
4. Einholung von mindestens zwei auswärtigen Gutachten
5. Erstellung einer Berufungsliste durch die Berufungskommission auf Basis der bereitgestellten Schriften, der externen Gutachten und der Probevorträge.
6. Beschluss über den Berufungsvorschlag im Fachbereichsrat
7. Stellungnahme des Akademischen Senats
8. Berufungsvorschlag wird an Senat übermittelt
9. Durchführung einer Berufungsverhandlung

Einzelne Verfahrensschritte (z.B. Sitzungen von Berufungskommissionen), können per Videokonferenz abgehalten werden.

Rechtsgrundlage der Verarbeitungstätigkeit:

Die Durchführung von Berufungsverfahren ist eine Aufgabe der HWR Berlin. Die Aufgabe ist in §101 Abs. 1-9 BerlHG genannt. Rechtsgrundlage der Datenverarbeitung ist Artikel 6 lit. e DSGVO i.V.m § 6 (1) 12 BerlHG i.V.m §101 BerlHG sowie der Richtlinie zur Durchführung von Berufungsverfahren der Hochschule für Wirtschaft und Recht Berlin sowie §26 BDSG und Artikel 6 (1) lit. b DSGVO.

Rechtsgrundlage für Datenübermittlungen an externe Gutachter ist Artikel 6 lit. e DSGVO i.V.m § 6 (1) 12 BerlHG i.V.m §101 (3) BerlHG, §11 Berufsordnungs HWR Berlin.

Rechtsgrundlage für Sitzungen der Berufungskommission mittels Videokonferenzsystem ist Artikel 6 lit. e DSGVO i.V.m § 6 (1) 12 BerlHG i.V.m § 8 (2) Berufsordnung der HWR Berlin.

Rechtsgrundlage für die Übermittlung des Berufungsvorschlags an das für Hochschulen zuständige Mitglied des Senats ist Artikel 6 lit. e DSGVO i.V.m § 6 (1) 12 BerlHG i.V.m §101 (3) BerlHG.

Kategorien von personenbezogenen Daten:

- Stammdaten
- Bewerberdaten
- Kommunikationsverkehr
- Evaluationsdaten
- Stellungnahmen und Gutachten
- Bild- und Videodaten (Webkonferenzstreaming)

Kategorien von Betroffenen:

- Bewerber
- Mitglieder von Berufungskommissionen (Beschäftigte, interne Lehrende und Lehrbeauftragte, externe Mitglieder, Studierende)

Kategorien von Empfängern:

- Interne Mitglieder von Berufungskommissionen
- Externe Mitglieder von Berufungskommissionen
- Externe Gutachter
- Der Berufungsvorschlag wird an das zuständige Mitglied des Senats gesendet

Datentransfer in ein Drittland:

Es liegt keine geplante Übermittlung in Drittstaaten vor.

Speicherdauer der personenbezogenen Daten:

Bei erfolgreicher Berufung eines Bewerbers gehen die im Rahmen des Berufungsverfahrens erhobenen personenbezogenen Daten in die Personalakte über.

Bei erfolgloser Bewerbung werden die Daten 6 Monate nach Abschluss des Berufungsverfahrens gelöscht.

Die Video-Streamingdaten werden über die Webkonferenz hinaus nicht gespeichert.

Pflicht zur Bereitstellung der personenbezogenen Daten:

Die betroffene Person ist verpflichtet die personenbezogenen Daten bereitzustellen.

Folgen der Nichtbereitstellung:

Die Durchführung des Berufungsverfahrens ist nicht möglich.

Automatisierte Entscheidungsfindung:

Es erfolgt keine automatisierte Entscheidungsfindung bzw. Profiling.

Rechte der von der Verarbeitung betroffenen Person

Die von der Verarbeitung betroffene Person verfügt gemäß Art. 13 – 23 DSGVO über Rechte, welche gegenüber der HWR Berlin geltend gemacht werden können. Eine Übersicht der wichtigsten Rechte ist nachfolgend aufgeführt:

Informationspflicht bei Erhebung von personenbezogenen Daten nach Art. 13 DSGVO

- Recht auf Auskunft über beim Verantwortlichen (HWR Berlin) gespeicherte Daten nach Art. 15 DSGVO
- Recht auf Berichtigung über beim Verantwortlichen (HWR Berlin) gespeicherte Daten nach Art. 16 DSGVO
- Recht auf Löschung über beim Verantwortlichen (HWR Berlin) gespeicherte Daten nach Art. 17 DSGVO
- Recht auf Einschränkung der Verarbeitung über beim Verantwortlichen (HWR Berlin) gespeicherte Daten nach Art. 18 DSGVO
- Mitteilungspflicht im Zusammenhang mit der Berichtigung oder Löschung personenbezogener Daten oder der Einschränkung der Verarbeitung nach Art. 19 DSGVO

- Recht auf Datenübertragbarkeit nach Art. 20 DSGVO
- Recht der Datenverarbeitung zu widersprechen, sofern die Verarbeitung nach Art. 6 (1) e DSGVO für die Wahrnehmung einer Aufgabe erforderlich ist, die im öffentlichen Interesse liegt oder in Ausübung öffentlicher Gewalt erfolgt.
- Recht nicht einer ausschließlich auf einer automatisierten Verarbeitung – einschließlich Profiling – beruhenden Entscheidung unterworfen zu werden, die ihr gegenüber rechtliche Wirkung entfaltet oder sie in ähnlicher Weise erheblich beeinträchtigt.
- Recht auf Benachrichtigung nach Art. 34 DSGVO der von einer Verletzung des Schutzes personenbezogener Daten betroffenen Person.

Ausübung der Rechte

Möchten Sie von Ihren Rechten Gebrauch machen, wenden Sie sich bitte an den oben genannten Datenschutzbeauftragten oder stellen Sie vorzugsweise die Anfrage unter dem [Link](#).¹

Beschwerderecht

Der Betroffene hat ferner das Recht sich bei einer Aufsichtsbehörde über die HWR Berlin zu beschweren. Die zuständige Aufsichtsbehörde im Land Berlin ist

Berliner Beauftragte für Datenschutz und Informationsfreiheit

Friedrichstr. 219
10969 Berlin
mailbox@datenschutz-berlin.de

¹ https://dsgvo2.ds-manager.net/jd8g73mg9/anfrage_meldung.html?key=5oZEoda8bochZmO9